

TSCHECHIEN

Gewerkschaftsmonitor

August 2024

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2021 bilden insgesamt fünf Parteien die stark wirtschaftsliberale und tendenziell konservative Regierungskoalition in Tschechien: die Bürgerdemokrat_innen von der ODS (Občanská demokratická strana, Demokratische Bürgerpartei), die christdemokratische KDU-ČSL (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová; Christliche und demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei) und ihre liberalere Abspaltung TOP 09 (Tradice, odpovědnost, prosperita; Tradition, Verantwortung, Prosperität), die als Zusammenschluss von Bürgermeister_innen entstandene STAN (Starostové a nezávislí, Bürgermeister_innen und Unabhängige) sowie die Piraten-Partei. Den Großunternehmer und Medienmogul Andrej Babiš von der Ein-Mann-Partei ANO (Akce nespokojených občanů, Aktion unzufriedener Bürger), die mit den Sozialdemokraten als Juniorpartner bis dahin regiert hatte, löste nach einem knappen Wahlausgang Petr Fiala von der ODS als Premierminister ab.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand vor allem die Person von Andrej Babiš, dem unter anderem Interessenskonflikte und EU-Subventionsbetrug vorgeworfen werden. Ihn abzuwählen war entsprechend das erklärte Hauptziel der fünf Parteien, die sich zu diesem Zweck zu zwei Wahlbündnissen vereint hatten. Dadurch gerieten jedoch programmatischen Auseinandersetzungen in den Hintergrund. Es kam im Gegenteil zu einer Konsolidierung des Parteienspektrums in zwei sich gegenüberstehende, verhärtete Lager. Die Spaltung zwischen ihnen kopiert tiefere Konfliktlinien in der tschechischen Gesellschaft, vereinfacht ausgedrückt die zwischen den Wendegewinnern und -verlierern, die jedoch vom Stellvertreterkonflikt um die Person Babiš weitgehend überdeckt und damit politisch unverarbeitet bleiben.

ANO bildet nun zusammen mit der Rechtsaußen-Partei SPD (Svoboda a přímá demokracie, Freiheit und direkte Demo-

kratie) die parlamentarische Opposition. Die politische Linke ist hingegen marginalisiert – sowohl die sozialdemokratische SOCDEM (ehemals ČSSD, Česká strana sociálně demokratická, Tschechische Sozialdemokratische Partei, seit Juni 2023 im Rahmen einer Image-Erneuerung in SOCDEM, Sociální demokracie, Sozialdemokratie umbenannt) als auch die Kommunisten von der KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) haben 2021 erstmals seit 1989 den Wiedereinzug in das Parlament verpasst. Die Gründe dafür sind komplex: Zu den wichtigsten gehören sicherlich die Wähler_innenwanderung von konservativeren Sozialdemokrat_innen in das Lager von Babiš sowie die Abkehr von liberal eingestellten Linken aufgrund der Regierungskoalition der ČSSD mit Babiš in den vorausgegangenen zwei Amtszeiten.

Die Fiala-Regierung sah sich seit ihrem Amtsantritt mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Während die Covid-Pandemie in den ersten Monaten ihrer Amtsperiode auch ohne ihr besonderes Zutun abklang, änderte die russische Aggression in der Ukraine die politischen Rahmenbedingungen vollkommen, zumal die tschechische Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2022 auch maßgeblich die Reaktion der gesamten EU hierauf mitgestaltete.

Galt das Land zunächst (und im Kontrast zu seiner Haltung bei der Flüchtlingswelle nach 2015) als Musterschüler, was die staatliche wie private Bereitschaft zur Aufnahme und Versorgung von Hunderttausenden ukrainischen Geflüchteten angeht, zeigen sich mit der Zeit sowohl diverse Schwierigkeiten der offiziellen Stellen hinsichtlich deren längerfristiger Integration als auch ein stetig sinkender Rückhalt für Integrations- sowie militärische Hilfe in der Bevölkerung.

Neben allgemeinen Ermüdungseffekten kann Letzteres auch auf die schlechte Performance der Regierung bei der Bewältigung der Energie- und Inflationskrise zurückgeführt werden. Zum einen ließ sie aufgrund ihrer Laissez-Faire-Überzeugung und der Bedienung ihrer Klientel, zu der unter anderem große Unternehmen zählen, Tschechien zu einem der europäischen Spitzenreiter bei der Teuerung und dem

damit einhergehenden Reallohnverlust aufsteigen. Zum anderen wählte sie auch noch die unglückliche Kommunikationsstrategie, dass die so entstandenen sozialen Schieflagen als unvermeidbarer und bereitwillig zu entrichtender Kriegszoll zu betrachten seien.

Tatkräftig konzentriert sich die Regierung auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, deren vermeintlich katastrophale Lage der Vorgängerregierung als Folge von angeblicher »populistischer Verschwendung« in die Schuhe geschoben wird. Es bleibt fraglich, ob die gegenwärtige Verschuldung – die zwar nach wie vor wächst, aber insgesamt nur knapp die Hälfte des EU-Durchschnitts beträgt – ausgerechnet in dieser Situation ein solches Durchgreifen rechtfertigt, wie es das Kabinett im Mai 2023 mit einem großen Sparpaket beschloss, das nun seit Anfang 2024 in Kraft ist.

Es enthält mehr als 50 teils kleinteilige Austeritäts-Maßnahmen, deren Kosten in ihrer Gesamtwirkung überwiegend von den Arbeitnehmer_innen zu tragen sind. Gewerkschaftlichen Berechnungen zufolge könnte eine durchschnittliche Familie damit bis zu einem Fünftel ihres verfügbaren Einkommens einbüßen. Hohe Einkommen und Erbschaften, die auch im internationalen Vergleich großen Eigentumsungleichheiten sowie Gewinne der Krisenprofiteure bleiben hingegen weitgehend unangetastet.

Während es die mit grundlegendsten Aspekten ihrer Erneuerung befasste Sozialdemokratie nicht schaffte, das Potenzial dieser Situation politisch für sich zu nutzen, brachten sich die Gewerkschaften umgehend mit einer flächendeckenden Streikdrohung gegen das Sparpaket in Stellung, der Vorstufe eines Generalstreiks. Obwohl es den Gewerkschaften im November 2023 gelang, branchenübergreifend für ungewöhnlich große Proteste und Demonstrationen zu mobilisieren, erfuhr das Sparpaket keine Veränderungen mehr; die Regierung ist nicht gesprächsbereit.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie sich trotz ihrer derzeit rekordverdächtigen Unbeliebtheit der Unterstützung ihres Wähler_innen-Lagers am Ende doch sicher sein kann. Die Position der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung schwächt währenddessen das Scheitern des amtierenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS (Českomoravská konfederace odborových svazů, Böhmischemährische Gewerkschaftskonföderation) Josef Středula bei der Präsidentschaftswahl Anfang 2023. Bei der Stichwahl konnte sich letztlich der ehemalige Berufssoldat und NATO-Offizier Petr Pavel gegen Andrej Babiš durchsetzen.

Womöglich ein Nachbeben dieses Misserfolges Středulas ist das überraschende Verwirken seines Vorsitzendenmandats im März 2024. Offenbar hatte er es 2023 mehrere Monate lang versäumt, seine gewerkschaftlichen Mitgliedsbeiträge zu zahlen, weswegen nicht nur seine Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, sondern auch das Mandat erlosch. Die Umstände, insbesondere die Medialisierung dieser eigentlich internen Vorgänge, deuten auf einen Versuch unzufriedener Teile der Konföderation hin, ihm einen Denkkettel zu verpassen. Ende März wurde Středula nach einer Zitterpar-

tie, während der ihm einzelne Verbandsvorsitzende öffentlich das Misstrauen aussprachen, letztlich zwar ohne einen Gegenkandidaten, aber mit nur 57 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Damit dürfte er bis zur nächsten regulären Vorstandswahl 2026 im Amt bleiben, aber deutlich geschwächt.

Mittelfristig liegt ein zentraler politischer Unsicherheitsfaktor in der großen Anzahl der Nichtwähler_innen bzw. der fast eine Million Wähler_innen, deren Stimmen seit der letzten Wahl aufgrund der 5-Prozent-Hürde nicht im Parlament repräsentiert sind. Die Meisten hatten für kleine, teils radikale Protestkräfte gestimmt. In diesem Lichte betrachtet war die letzte Parlamentswahl mitnichten ein nachhaltiger Triumph der »demokratischen Kräfte«, sondern lediglich deren sehr knapper Etappensieg über populistische und Anti-System-Kräfte, den die Regierung möglicherweise gerade mit ihrer Austeritäts-Politik verspielt.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die tschechische Wirtschaft zeichnet sich, ähnlich wie die anderer mittelosteuropäischer Transformationsländer, durch eine hohe Abhängigkeit von ausländischen Absatzmärkten sowie Investitionen aus. Darüber hinaus weist sie traditionell auch einen besonders hohen Industrie-Anteil aus – im verarbeitenden Gewerbe, meist allerdings in preisabhängigen Zulieferbetrieben, arbeitet mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen.

Die meisten tschechischen Exporte gehen in andere EU-Länder, wobei besonders enge beidseitige Handelsbeziehungen zu Deutschland bestehen. Risiken für die langfristige Stabilität der Wirtschaft birgt mit einem Anteil von etwa einem Viertel an den Gesamtexporten insbesondere die hohe Abhängigkeit von der Automobilindustrie, in der große Umwälzungen wie der Übergang zur Elektro- oder Plattformmobilität vonstattengehen, über welche jedoch die strategischen Entscheidungen in den ausländischen Konzernzentralen gefällt werden.

Die Profitabilität für ausländische Investoren gehört in Tschechien zu den EU-weit höchsten; der Anteil der Reinvestitionen beträgt dabei nur um die 40 Prozent ihres Gesamtumfangs, der Rest fließt nach offiziellen Angaben jährlich ins Ausland ab. 2023 stieg der Umfang dieser Mittel dank hoher Gewinne transnationaler Unternehmen der Lebensmittel- und Energiebranche und der Banken um fast ein Drittel. Zugleich bleiben die Löhne hinter der Produktivität der Volkswirtschaft zurück und die aktuellen massiven Kaufkraftverluste, die im Kontrast zu hohen Gewinnmargen in zahlreichen Branchen stehen, werden diese für die Arbeitnehmer_innen unvorteilhafte Beschaffenheit der tschechischen Wirtschaft nur verstärken.

Bereits davor war der materielle Lebensstandard der Bevölkerung dürftig, gerade im Vergleich mit dem westlichen Ausland, das als Bezugspunkt gilt und dessen Wohlstand durch die Reisefreiheit jederzeit besichtigt werden kann.

Und dass, obwohl sich die üblichen makroökonomischen Indikatoren wie Wachstum des BIP oder Arbeitslosenquote für das Land lange positiv entwickelt hatten. Das hat nicht zuletzt auch politische Konsequenzen, wenn etwa enttäuschte Hoffnungen auf eine Konvergenz mit dem Westen die Gestalt von im Lande überdurchschnittlich verbreiteter Euro-paskepsis annehmen.

Der gesetzliche Mindestlohn (771 Euro monatlich / 4,69 Euro pro Stunde) gehört zu den niedrigsten in der EU; seine Kaufkraft beträgt nur knapp die Hälfte des deutschen Mindestverdienstes. Als Äquivalent von knapp 42 Prozent des Durchschnittseinkommens bleibt er ebenfalls weiterhin unterhalb der Armutsgrenze, diese soll aber im Zuge der Umsetzung europäischer Legislative nun zumindest bis 2029 erreicht werden. Der Durchschnittslohn beträgt nach einer Nominalsteigerung von über 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr aktuell 1 767 Euro brutto. Eine der höchsten Inflationsraten in der EU verursacht jedoch zwischen 2023 und 2024 zuletzt, dass die Löhne real um 2,9 Prozent gesunken sind. Gewerkschaftlichen Schätzungen zufolge beträgt die kumulierte Inflation in Tschechien seit 2022 an die 35 Prozent und der Lebensstandard der Arbeitnehmer_innen ist durch die Reallohnverluste auf das Niveau von 2018 zurückgeworfen worden. Obwohl die Inflation im Januar 2024 schlagartig auf knapp über 2 Prozent gefallen ist, werden die Folgen der Teuerungswelle noch lange zu spüren sein.

Die Regierung ergriff weder wirksame Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, noch kann sie nennenswerte Mühen zur Abfederung ihrer sozialen Folgen vorweisen. Auch die tschechische Wirtschaft als Ganzes stagniert derzeit, das BIP wird sich laut Prognosen in diesem Jahr um die Null bewegen. Dennoch hält die Regierung an der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen als ihrem Hauptziel fest. Die Staatsverschuldung Tschechiens wächst zwar derzeit am schnellsten in der EU, beträgt jedoch mit ca. 45 Prozent des BIP nur etwas mehr als die Hälfte des EU-Durchschnitts.

Das vom Austeritäts-Prinzip geleitete Sparpaket belastet mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen insbesondere Arbeitnehmer_innen – es gibt neue Abgaben, es entfallen Abschreibungsmöglichkeiten und Entlastungen. Hunderttausenden Staatsbediensteten wird ein weiteres Jahr in Folge trotz massiver Teuerung keine Gehaltserhöhung gewährt; im Gegenteil soll sich der öffentliche Sektor einer Schlankheitskur unterziehen. Für die stark wirtschaftsliberale Regierung kommen wegen einer Mischung aus ideologischer Überzeugung und Klientelpolitik für Besserverdiener_innen und Unternehmer_innen kaum Maßnahmen auf der Einnahmenseite des Staatshaushaltes in Betracht.

Dabei gäbe es für solche in dem Land mit einer Einkommens-Flat-Tax und niedrigen Eigentums- und Firmensteuern, zu deren Erhöhung sogar internationale Organisationen wie die OECD seit längerem raten, besonders viel Spielraum. Umso mehr, da für Tschechien eine hohe Eigentumsungleichheit festgestellt wird (mit 36 Prozent des Eigentums in Händen des reichsten Prozents der Bevölkerung rangiert das Land nicht nur vor den meisten europäischen Staaten, son-

dern sogar vor den USA) und zahlreiche Branchen in der Krise ihre Gewinne vervielfachen konnten, die von einer wohl absichtlich ineffektiv konstruierten Übergewinnsteuer weitgehend unangetastet bleiben.

Es erscheint kaum denkbar, dass die derzeitige soziale Krise, ihre zu erwartende weitere Verschlechterung durch die Regierungspolitik und die daraus entstandenen Schieflagen und Vertiefungen von sozialer Ungerechtigkeit mittelfristig ohne politische Folgen bleiben. Aus heutiger Sicht spricht allerdings leider zugleich wenig dafür, dass daraus eine Stärkung der linken politischen Kräfte erwachsen wird.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben keine einfache Aufgabe in einem Land, dessen Gesellschaft als postkommunistisches Erbe besonders stark im neoliberalen Diskurs verhaftet ist, welcher dazu neigt, die Gewerkschaften als kommunistisches Überbleibsel zu delegitimieren, und dessen Wirtschaft hochgradig von ausländischem Kapital abhängig ist. Sie führen einen Kampf um basale gesellschaftliche Anerkennung bei strukturell begrenzter Handlungsfähigkeit. Die damit zusammenhängende, vergleichsweise schwache Mitgliederbasis ist direkt mit der Frage ihrer Finanzierung verknüpft, deren Knappheit sich in eher schwachen professionellen Strukturen manifestiert, was wiederum die gewerkschaftliche Tatkraft und Handlungsspielräume negativ beeinflusst. Ein Teufelskreis, aus dem es schwer ist, auszubrechen.

Gewisse Erfolge diesbezüglich können dem aktuellen Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, Josef Středula, zugerechnet werden. Im Frühjahr 2022 mit überwältigender Mehrheit bereits für die dritte vierjährige Amtsperiode wiedergewählt und seit 2019 ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, galt er lange als eine charismatische und gut vernetzte Person. In seiner mittlerweile zehnjährigen Amtszeit verpasste er dem Gewerkschaftsdachverband einen modernen und professionellen Anstrich, die Stimme der Gewerkschaften gesamtgesellschaftlich relevanter werden lassen und den Mitgliederschwund zumindest ausgebremst.

Unter seiner Führung wird seit 2015 die landesweite Kampagne »Ende der billigen Arbeit« organisiert, deren Kernstück große Kundgebungen anlässlich der alljährlichen Tarifverhandlungen mit koordinierten Forderungen sind. Damit waren die Gewerkschaften bis zur gegenwärtigen Inflationskrise recht erfolgreich, die Löhne wuchsen jahrelang in einem relativ hohen Tempo. Aktuell müssen sie jedoch hohe reale Verluste hinnehmen, auch weil die Regierung auf die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Inflationsbekämpfung wie Preisdeckelungen nicht eingegangen ist.

Mit der Austeritäts-Regierung, dem Niedergang der Sozialdemokratie als traditionellem politischen Partner, den massiven Reallohnverlusten und der wirtschaftlichen Stagnation stehen die Gewerkschaften derzeit vor besonderen Herausforderungen. In diese gehen sie einerseits geschwächt, u. a.

weil sie während der Energie-Krise einige Debakel bei von ihnen organisierten Demonstrationen erleben mussten, während extremistische Kräfte um ein Vielfaches bessere Mobilisierungsfähigkeit bewiesen haben. Ebenfalls hat die Kandidatur Středulas für das Amt des Staatspräsidenten 2022/23 nur mäßigen Rückhalt in der Mitgliederbasis gefunden und seiner persönlichen Zugkraft sogar geschadet.

Die Causa vom März 2024, die zum Erlöschen seiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und des Vorsitzendenmandats führte, kann als Putschversuch oder zumindest als Warnschuss in diese Richtung verstanden werden. Hier zeigt sich auch die weltanschauliche Spaltung der Mitgliedsgewerkschaften von ČMKOS – einige Einzelverbände und Fraktionen, allen voran die größte Einzelgewerkschaft KOVO, verlangen größere »Radikalität«, die auch nach »rechts« offen ist. Während Josef Středula – wenngleich nur im Hintergrund – immer auf eine Partnerschaft mit SOCDÉM schwor, haben diese Kräfte und wohl auch große Teile der Mitgliedschaft durchaus eine Flanke Richtung Babiš' ANO oder gar rechtspopulistische SPD offen.

Andererseits ist in jüngster Zeit eine durchaus ungewöhnliche Welle von konkreten Arbeitskämpfen zu verzeichnen. Erste Auslöser lagen bereits in der Pandemie, die die Prekarität und unzureichende Geldreserven breiter Teile der Bevölkerung zutage förderte, gefolgt von der gegenwärtigen Kaufkraftkrise, die für Beschäftigte im öffentlichen Sektor durch die Sparmaßnahmen der Regierung noch bedrohlicher wirken muss. Diese bleiben bislang zwar zersplittert und begrenzt, einige finden auch durch nicht-organisierte Solo-Selbstständige außerhalb der Gewerkschaftsstrukturen statt. Es könnte sich dennoch um den Anfang einer nachhaltigeren Veränderung der Kampfbereitschaft der Beschäftigten um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie möglicherweise auch eine Rehabilitierung der Rolle der Gewerkschaften handeln.

GEWERKSCHAFTEN IN TSchechien – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der stärkste tschechische Dachverband ČMKOS entstand – über mehrere Umbenennungen – aus den im Laufe der Samtenen Revolution gebildeten Betriebs- und Streikkomitees, die den alten Dachverband ROH übernahmen. Man trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und blieb mit einer neuen, unbelasteten Führung die dominierende Konföderation, da die Mehrheit der ROH-Mitgliedsorganisationen dem alt-neuen Gewerkschaftsbund beitrug. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich die Struktur in einen Dachverband für die Tschechische Republik, ČMKOS, und einen für die Slowakische Republik, KOZ SR.

Die Transformation der Gewerkschaften gestaltete sich nicht einfach. Sie hatten vor der Wende de facto kaum eine

mitgestaltende Funktion in der Gesellschaft, gleichzeitig war aber Mitgliedschaft Pflicht, wollte man nicht als Regimegegner gelten. Dies hat ihr Ansehen naturgemäß nachhaltig beschädigt. Nach 1989 entstand nach und nach eine Landschaft an Betriebsorganisationen und sie vereinigenden Branchenverbänden, die man je nach Blickwinkel als pluralistisch oder aber zersplittert bezeichnen kann. Sie mussten ihre Legitimität im neuen, stark neoliberal geprägten System hart erkämpfen und der Prozess ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Auch wurden nach der Wende für ihre Existenz und Arbeit solche rechtlichen Grundlagen geschaffen, die sie in vielerlei Hinsicht strukturell benachteiligen.

Als politischer Akteur mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz erwiesen sich die Gewerkschaften in jüngster Vergangenheit vor allem 2012, als sie in einer breiteren gesellschaftlichen Allianz Träger der Proteste gegen die Regierung des konservativ-neoliberalen Premierministers Petr Nečas (ODS) waren, die massive Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge androhte und umzusetzen begann. Die Proteste trugen maßgeblich zum Fall dieser Regierung bei und hievten die sozialdemokratisch geführte Regierung von Bohuslav Sobotka ins Amt.

An dieses Momentum konnten die Gewerkschaften noch anknüpfen, als 2014 Josef Středula, zuvor Vorsitzender der lautstarken Metallgewerkschaft, zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS gewählt wurde. Seitdem hat sich einerseits das Image der Gewerkschaften verbessert und sie konnten ihre gesellschaftliche Relevanz ausbauen. Andererseits reicht ihre aktuelle Mobilisierungsfähigkeit, auch aufgrund des Wegbrechens langjähriger, parteipolitischer und zivilgesellschaftlicher Verbündeter, bei weitem nicht an die damalige Stärke heran, trotz einer aktuell ähnlich gelagerten sozialen Situation und einer Austeritäts-Regierung im Amt. Die gegen die Regierung gerichteten Proteste inmitten der Energie-Krise im Herbst 2022 waren zahlenmäßig ein Debakel. Das Aufbäumen gegen das Sparpaket ein Jahr später war zwar in dieser Hinsicht erfolgreicher, aber komplett erfolglos, was Änderungen der Regierungsagenda angeht.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Das wichtigste Vertretungsorgan für die Beschäftigten in Tschechien und der zentrale Baustein im tschechischen Gewerkschaftssystem, von dem die Macht in den Strukturen ausgeht, ist die gewerkschaftliche Grundorganisation auf Betriebsebene, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden kann. Ihre Tätigkeit wird in der Regel auf ehrenamtlicher Basis betrieben, auf Freistellungen gibt es keinen gesetzlichen Anspruch. Ein System von Betriebsräten mit einer gewissen Unabhängigkeit von Gewerkschaftsstrukturen, wie sie z. B. in Deutschland vorhanden sind, gibt es in Tschechien nicht. Es existiert zwar eine gesetzliche Grundlage dafür, neben betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen erscheint ihre Gründung jedoch meist sinnlos.

Die Grundorganisationen treten – in der Regel auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe zu einer be-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Tschechien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Českomoravská konfederace odborových svazů, ČMKOS (Tschechisch-mährischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Josef Středula Stv. Vorsitz: Jiří Vaňásek, Radka Sokolová	250 000– 280 000	IGB, EGB
Asociace samostatných odborů, ASO (Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Bohumír Dufek Stv. Vorsitz: Martin Engel, Martin Malý, Josef Hlahůlek	60 000– 80 000	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Tschechien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový svaz KOVO, OS KOVO (Metallgewerkschaft)	ČMKOS	Vorsitz: Roman Ďurčo Stv. Vorsitz: Libor Dvořák, Ivo Kužel, Tomáš Valášek	keine offiziellen Informationen; wahrscheinlich zwischen 60 000 und 80 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Odborový svaz zdravotnictví a sociální péče, OSZSP (Gewerkschaft für Gesundheits- und Sozialwesen)	ČMKOS	Vorsitz: Dagmar Žitníková Stv. Vorsitz: Lubomír Franc, Jana Hnyková	k. A.	PSI, EPSU
Odborový svaz, ECHO (Gewerkschaft Energie und Chemie)	ČMKOS	Vorsitz: Karel Klusák	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe

stimmten Branche – auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei. Die mit Abstand mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist die der in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten OS KOVO, was die herausragende Rolle dieser Branche in der tschechischen Wirtschaft widerspiegelt. In anderen Branchen sind weitaus weniger Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert, einige Gewerkschaftsverbände können gar nur niedrige dreistellige Mitgliedszahlen vorweisen. Selbständige, Arbeitslose, Arbeitsmigrant_innen, Leiharbeiter_innen oder Plattform-Arbeiter_innen gelten den Gewerkschaften in der Regel nicht als potenzielle Mitglieder. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug laut letzten Zahlen der OECD 2018 insgesamt 11,4 Prozent der Erwerbstätigen, was einen massiven Rückgang gegenüber 45 Prozent im Jahr 1995 darstellt. Für die letzten Jahre soll der Mitgliederschwund aber laut Gewerkschaften zumindest ausgebremst worden sein.

Die Branchenverbände schließen sich in der Regel einem der insgesamt drei Dachverbände an. Derzeit ist der Dachverband ČMKOS mit seinen 31 Einzelgewerkschaften der mitgliederstärkste und gleichzeitig einflussreichste. Eine gewisse Rolle spielt neben ČMKOS noch ASO (Asociace samostatných odborů, Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften), zusammen stellen sie die sieben Vertreter_innen der Arbeitnehmer_innenseite in der sogenannten »Tripartitität«, dem »Rat der wirtschaftlichen und sozialen Übereinkunft«, einem Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber zu Regierungsvorhaben unverbindlich angehört werden. Das

ihnen dort geschenkte Gehör ist je nach Regierungskonstellation unterschiedlich stark – derzeit wird eine auf absolutes Minimum beschränkte Gesprächsbereitschaft der Regierung bemängelt.

ASO scheint in letzter Zeit immer mehr in eine rechtspopulistische und verschwörungsaffine Richtung abzudriften; Sympathien gibt es durchaus auch bei einigen Fraktionen innerhalb von ČMKOS, was regelmäßig zu Spannungen führt. Waren es die beiden Dachverbände gewohnt, öffentlich miteinander aufzutreten und für Arbeitnehmer_innenbelange aufzutreten, wird es immer schwieriger, hier weltanschaulich einen gemeinsamen Nenner zu finden. Einige Demonstrationen der letzten Zeit gelten aufgrund von durch ASO eingeladenen Sprecher_innen als diskreditiert.

Durch die in den Betrieben wurzelnde Struktur – die Anzahl der betrieblichen Organisationen beträgt um die 6 000 – und die historisch bedingte relativ hohe Anzahl der Branchenverbände ist das gewerkschaftliche Spektrum in Tschechien einerseits fragmentiert und dezentral. Andererseits kommen kaum neue Abspaltungen hinzu. Höchstens kommt es zu einem Ausstieg einzelner Betriebsorganisationen aus der Branchengewerkschaft, wie dies z.B. 2014 der folgenreiche Fall bei allen drei mitgliedsstarken Škoda-Werken war. Gleichzeitig erweisen sich aber auch jedwede Fusionsversuche, die bei der Anzahl von einzelnen Verbänden zugunsten von Schlagkraft durchaus ratsam wären, als kaum durchsetzbar. Dies ist nicht zuletzt wegen der Besitztümer, über

die man keine Handlungshoheit verlieren möchte, aber auch anderweitiger Rivalitäten und persönlicher Verquickungen der Fall.

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften stellen die Mitgliedsbeiträge dar. Grundorganisationen erhalten in der Regel ein Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder. Davon entrichten sie unterschiedlich hohe Anteile an die Branchengewerkschaften, die wiederum einen Teil davon an die Dachverbände überweisen. Jene Einzelgewerkschaften, die eine direkte Nachfolge der Verbände von vor 1989 angetreten haben, verfügen darüber hinaus über zum Teil große Vermögen (z. B. historische Gebäude in der Prager Innenstadt) und damit über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung als andere, was ihnen zu einer entsprechend starken Stellung verhilft, aber eben auch Fusionen verhindert. Die Gewerkschaften profitieren auch von staatlichen Programmen zur Förderung des sozialen Dialogs und beantragen regelmäßig Mittel aus den EU-Fonds.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Sowohl die historisch bedingte und rechtlich nach 1989 weitergeführte, auf betrieblichen Grundorganisationen basierende Struktur der Gewerkschaften als auch die Tatsache, dass ihnen relativ wenig Rechte konkret und verbindlich gesetzlich garantiert sind, bedingt die insgesamt nicht einfache Position der tschechischen Gewerkschaften.

Dass der Schwerpunkt auf betrieblicher Ebene mehrfach ungünstig ist, liegt auf der Hand: Vielfach werden die Vorstandmitglieder der Organisationen für ihre Tätigkeit nicht freigestellt, denn eine gesetzliche Pflicht dazu gibt es nicht; von einer weitergehenden Professionalisierung, die für Verhandlungen mit dem Management notwendig wäre, ganz zu schweigen. Das betreffende Personal ist verwundbarer gegenüber Einschüchterungsversuchen von Arbeitgeberseite. Auch führt die Betriebsbezogenheit dazu, dass selbst aktiven Gewerkschafter_innen chronisch der Blick für gesamtgesellschaftliche Fragen und Probleme wie den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge oder den Klimawandel fehlt.

Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften auch eine gesetzliche Regelung, die dem Recht auf Versammlungsfreiheit nachkommt und der zufolge es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann. Da sie aber alle einem gemeinsamen Kollektivvertrag zustimmen müssen, öffnet dies Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden, nicht selten unterstützt von den Arbeitgebern.

Die Anzahl der Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, ist außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, sog. Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgelthöhe als auch weitere Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen ver-

bindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste.

Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig, was dazu führt, dass die Gewerkschaften probieren, durch andere Vergünstigungen und Angebote Mitglieder zu werben. Dies führt letztlich aber dazu, dass sie eher als Dienstleister, denn als politische Vereinigung angesehen werden, was wiederum Folgen für ihre Mobilisierungsfähigkeit hat. Der Abschluss von sog. Kollektivverträgen höheren Rangs, d. h. Vereinbarungen auf (Teil-) Branchenebene, mit denen man die Schwierigkeiten der Verhandlungen auf Betriebsebene umgehen würde, wird häufig aus ebendiesen Gründen von Arbeitgebern folgenlos verweigert.

Verbindlich befragt werden müssen Gewerkschaftsorganisationen nur, wenn einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden soll. In Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen, sie haben daher kaum realen Einfluss. Gestreikt werden darf nach einer strikten Auslegung lediglich im Falle von gescheiterten Kollektivverhandlungen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind im Einzelnen enorm hoch und verlangen von den Arbeitskämpfenden ein besonders hohes Durchhaltevermögen über eine recht lange Zeit. Dies geht so weit, dass es Stimmen gibt, die bezweifeln, dass man das Streikrecht überhaupt noch als gegeben ansehen kann. Gepaart mit einer ohnehin gegebenen Zurückhaltung führt dies dazu, dass im Lande kaum gestreikt wird.

Bei für Arbeitnehmer_innen relevanter Gesetzgebung wird die Meinung der Gewerkschaften im Rahmen der Tripartitität eingeholt, einem beratenden Organ der Regierung, das je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird.

Neben der Frage der in den Strukturen begründeten Macht und den gesetzlich verankerten Rechten werden ihre Arbeitsbedingungen genauso von ihrem gesellschaftlichen Bild bestimmt. Historisch bedingt erlangten Gewerkschaften noch keine breit anerkannte Legitimität und sind oft heftigen öffentlichen Anfeindungen von Arbeitgebern, Politik und Medien ausgesetzt. Ebenfalls ist deswegen ihre Mitgliederbasis recht schwach, was sich in die relative Schwäche der Strukturen übersetzt, die nur vereinzelt über notwendige fachliche Kapazitäten und kaum über ein internes Bildungssystem verfügen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die beschriebenen strukturellen, rechtlichen und diskursiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit haben einen direkten Einfluss auf ihre Fähigkeit, ihren Kernaufgaben gerecht zu werden.

Die Abdeckung der Arbeitnehmer_innen durch Kollektivverträge lag nach letzten OECD-Zahlen in 2019 bei 34,7 Prozent. Damit befindet sich Tschechien am unteren Rand des

Mittelfeldes der OECD-Länder und weit unter dem mittelfristigen Ziel von 80 Prozent, zu dem sich die EU-Staaten in der beschlossenen Richtlinie über angemessene Mindestlöhne verpflichtet haben. Der erwartete Aktionsplan der tschechischen Regierung zu ihrer Umsetzung müsste entsprechend ambitioniert ausfallen, was jedoch bei ihrer weltanschaulichen Ausrichtung schwer vorstellbar ist. In jedem Fall würde dies die Stärkung der Kollektivverhandlungen auf Branchenebene voraussetzen, die bislang auf Widerstand der Arbeitgeber stößt.

Seit dem Beginn der Kampagne »Ende der billigen Arbeit« im Jahr 2015 wurden jährlich im Schnitt relativ hohe Nominallohnzuwächse erreicht. Nach Angaben der Gewerkschaften waren dabei Löhne in den Betrieben mit Gewerkschaftsorganisation signifikant höher und die Arbeitszeiten kürzer. Dieser positive Trend kam aber mit aktuellen Reallohnverlusten im inflationären Umfeld zu einem abrupten Ende und die Gewerkschaften haben noch keine Strategie, um sie möglichst schnell wieder auszugleichen. Sie gehen davon aus, dass man bei der Lohnentwicklung und damit auch der Konvergenz innerhalb der EU um rund sechs Jahre zurückgeworfen wurde.

Auch bei den deutlichen Erhöhungen des Mindestlohns in den letzten Jahren spielten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, wenngleich zusätzlich die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Regierungen ausschlaggebend war. Derzeit können sie sich, auch wegen der Couleur der aktuellen Regierung, mit höheren, inflationsausgleichenden Forderungen nicht durchsetzen. Im Zuge der Implementierung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne möchte die Regierung aber immerhin den Mindestlohn künftig auf 50 Prozent des Durchschnittslohns fixieren.

Konsequent setzen die tschechischen Gewerkschaften die niedrigen Löhne in den europäischen Kontext und klagen eine schnellere Konvergenz zwischen Ost und West ein. Auch haben sie einen eigenen Vorschlag für eine entsprechende wirtschaftspolitische Strategie vorgelegt, die aber bislang kaum Beachtung fand. Viele gewerkschaftspolitische Themen hingegen, die man als progressiv bezeichnen könnte, wie Geschlechtergleichstellung oder Just Transition, bleiben in Tschechien eher marginal. Dies hängt zum einen mit mangelnden Kapazitäten und der hauptsächlich fokussierten selbst hoher Amtsträger auf die betriebliche Ebene zusammen, zum anderen aber auch mit der eher konservativen Ausrichtung der Mitgliederbasis.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Gewerkschaften kämpfen in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nach wie vor um ein positives Image und eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft. Das statistisch erhobene Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften ist kontinuierlich gestiegen, was sich auch am stagnierenden Mitgliederschwund ablesen lässt. 2023 wurden gar Rekordwerte gemessen – derzeit vertrauen vollständig oder tendenziell den Gewerkschaften 54 Prozent der Be-

völkerung; 10 Prozentpunkte mehr gegenüber dem Vorjahr. Damit liegen sie zwar traditionell relativ weit hinter der Polizei, der Armee, den Banken und Gerichten, schneiden aber besser ab als das Parlament und insbesondere die politischen Parteien, die regelmäßig am unteren Ende liegen. Dies ist zwar angesichts der Krise und der Herausforderungen ein gutes Zeichen, hat sich jedoch bisher nicht in konkreter Mobilisierung oder Mitgliederzulauf niedergeschlagen.

Das derzeitig relativ gute Ansehen der Gewerkschaften war bislang eng mit dem ČMKOS-Vorsitzenden Josef Středula verknüpft. Dieser wurde mit seinem Team im April 2022 bereits zum dritten Mal und ohne Konkurrenz wiedergewählt, die verpatzte Präsidentschaftswahl brachte ihm jedoch gewerkschaftsintern Ärger. Auch die Causa um die nicht gezahlten Mitgliedsbeiträge und das Erlöschen des Vorsitzendenmandats hat mit ihrer Absurdität und offensichtlichem Angriffscharakter von innen dem Ansehen der Gewerkschaften als Ganzes geschadet. Satzungsgemäß darf Středula nicht noch einmal für den Vorsitz kandidieren. Eine adäquate, potenzielle Nachfolge allerdings ist bislang nicht zu erkennen. Zu den größten Herausforderungen gehört es auch deshalb, den Vertrauensgewinn in Mitgliederzuwächse umzusetzen sowie sukzessive Nachwuchskräfte aufzubauen.

Vorrangige politische Aufgaben werden für die absehbare Zeit bei der Abfederung der sozialen Krise und der Abwehr der neoliberalen Vorhaben der amtierenden Regierung liegen. Derzeit haben die Gewerkschaften politisch motiviert ihre Streikbereitschaft erklärt, was sich aber möglicherweise gerade als Fehltritt erweist, denn die Proteste vom Herbst 2023 verpufften ohne Folgen; eine weitere Eskalation hin zum Generalstreik ist aber kaum realisierbar. Die kurz- sowie langfristigen Folgen für die Gewerkschaften sind kaum auszumalen, möglicherweise treten ausgerechnet in dieser Situation bei der oben genannten Causa nun auch die durch die Präsidentschaftswahl entstandenen internen Risse offen zutage und man wird demnächst Zeuge von einer umfassenderen Destabilisierung, Spaltung und Machtkämpfen sein.

Ebenso stehen langfristige Aufgaben an – neben einer wirtschaftspolitischen Strategie, die das Land aus der Billiglohnfalle befreien würde, ist hier insbesondere an die Mitgestaltung von drohenden technologischen Umwälzungen sowie des Übergangs zum CO₂-neutralen Wirtschaften zu denken. Ein Thema bleibt weiterhin auch die Integration von ukrainischen Geflüchteten in den tschechischen Arbeitsmarkt, bei der sich immer mehr Schwierigkeiten offenbaren.

Für alle diese Aufgaben sind die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nicht einfach: Ihre formalen Rechte sind relativ gering, der Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns auf Betriebsebene strukturell ungünstig, eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht in Sicht. Der traditionelle politische Partner, die sozialdemokratische Partei, ist beispiellos geschwächt, was sich nachteilig auf alle Auseinandersetzungen über Aufgaben und Ziele auswirken wird.

Auf der internationalen Ebene sind die tschechischen Gewerkschaften hingegen vergleichsweise gut vernetzt. Die Einzelgewerkschaften tauschen sich regelmäßig mit ihren europäischen Pendanten aus und sind in der Regel Mitglieder der europäischen und internationalen Strukturen. Josef Středula ist seit 2019 stellvertretender Vorsitzender des EGB, womit einem langfristigen Ungleichgewicht Rechnung getragen wurde und die Belange der Gewerkschaften aus Mittel-Osteuropa nun stärker eingebracht werden können.

Darauf zu bauen könnte der Grundbaustein für die Strategie der tschechischen Gewerkschaften sein, allen beschriebenen Krisen und Herausforderungen zu begegnen.

Jörg Bergstermann, *Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik*

Kateřina Smejkalová, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Matthias Weber
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
matthias.weber@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.